

DÜSSELDORF

Anwohnerparken soll nicht günstiger werden

Schwarz-Grün hält an seinem Beschluss für deutlich steigende Preise fest. Bei der Umsetzung könnte eine andere Stadt Vorbild sein.



Noch ist das Parken mit 25 oder 30 Euro im Jahr günstig in Düsseldorf. Die Gebühren sollen jedoch steigen. FOTO: ANNE ORTHEN

VON ALEXANDER ESCH

DÜSSELDORF | Die Mehrheitskooperation von CDU und Grünen hält vorerst an ihren Plänen für deutlich steigende Gebühren für den Bewohnerparkausweis fest. Fraglich war der Beschluss für Beträge von 240, 300 und 360 Euro pro Jahr (je nach Lage des Anwohnerparkgebietes) geworden, nachdem das Bundesverwaltungsgericht die neue Regelung in Freiburg gekippt hatte. Vor allem sah es keine rechtliche Grundlage für eine soziale Staffelung, wie sie ähnlich in Düsseldorf vorgesehen ist. Bei der CDU hatte man sich daher reduzierte Gebühren für alle vorstellen können. „Das wollen wir nicht“, sagt jetzt allerdings Norbert Czerwinski, Sprecher der Grünen-Fraktion. Man halte vielmehr am

Beschluss fest. „Wir wollen die große Lösung.“ Allerdings sei auch klar: „Ohne soziale Staffelung machen wir nichts.“ CDU-Verkehrsexperte Andreas Hartnigk sagt auf Nachfrage. „Es gibt keinen Dissens mit den Grünen. Wir werden eine gemeinsame Lösung finden.“

Eine Absage erteilt ist damit Preisen für alle von 60 bis 90 Euro fürs Anwohnerparken, was auf dem Niveau der geplanten Reduzierung für Wohngeldempfänger oder Düsselpassinhaber gelegen hätte. Sie hätten nur 25 Prozent des eigentlich fälligen Betrages zahlen sollen. Die gewünschte Lenkungsfunktion für mehr ruhenden Verkehr im privaten statt öffentlichen Raum wäre aber kaum noch vorhanden gewesen.

Die Grünen setzen jetzt darauf, einen juristisch einwandfreien Weg für eine soziale Komponente zu finden. Zum einen hofft Czerwinski, dass der Bund in diesem Jahr mit einer Reform des Straßenverkehrsgesetzes den Weg für gestaffelte Gebühren nach sozialen Gründen wie Einkommensverhältnissen freimacht. Aber es könnte auch noch eine andere Möglichkeit geben. Die rechtliche Umsetzung werde jetzt von der Stadt geprüft, sagt Czerwinski. „Es gibt Ideen.“ Welche das sind, will er noch nicht sagen. Auch bei der Stadt gibt man sich noch zurückhaltend, da zunächst die Urteilsbegründung bewertet werden soll.

Welcher Umweg sich für eine rechtskonforme soziale Staffelung abzeichnet, zeigt der Blick in andere Städte. Denn in Freiburg will man aufgrund höheren Handlungsdrucks nicht auf den Bund warten. Erst für November rechnet Anabelle Kalckreuth von den Grünen in Freiburg mit dem neuen Gesetz. Der neue, hohe Preis habe allerdings klar eine Lenkungsfunktion gezeigt. Deutlich weniger Parkausweise seien beantragt worden. „Jetzt jedoch gibt es einen Run auf die wieder günstigen Ausweise.“ Wer den hohen Preis gezahlt hatte, kann eine Erstattung beantragen. „Uns ist daran gelegen, schnell eine Lösung zu finden“, sagt Kalckreuth. Die Grünen in Freiburg setzen deshalb auf das Modell in Karlsruhe, das nun auf mögliche Umsetzbarkeit geprüft werden soll. Wie zu hören ist, haben sich die Grünen in Düsseldorf bei ihren Kollegen in Freiburg informiert, auch in der NRW-Landeshauptstadt wird deshalb Karlsruhe sicher als mögliches Vorbild unter die Lupe genommen werden.

Das Prinzip der sozialen Abfederung dort funktioniert wie folgt: Es gibt keine

Staffelung der Gebühren, alle zahlen den gleichen Betrag. Wer jedoch Transferleistungen erhält oder nur über ein sehr geringes Einkommen verfügt, kann über den Stadtjugendausschuss die Hälfte des gezahlten Betrages erstattet bekommen. Ein Sprecher der Stadt Freiburg sagt: „Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Karlsruhe hat in dieser Hinsicht keine Auswirkungen, da die Bezuschussung nicht durch die Bewohnerparkausweisgebührensatzung geregelt ist.“ Widerspruchsverfahren oder Klagen seien nicht anhängig.

In Düsseldorf sieht Andreas Hartnigk, dass der Blick in andere Kommunen hilfreich sein könne. Er sehe jetzt die Verwaltung am Zug, Ideen zur Umsetzung des Beschlusses zu entwickeln. Die sollen dann im August oder September vorliegen, sodass sogar noch der Starttermin im Oktober zu halten sein könnte. Skeptischer sieht das Czerwinski, der mit einer Verschiebung nach hinten rechnet.

INFO

Der Beschluss in Düsseldorf

Beschluss Im Mai beauftragte der Stadtrat die Verwaltung mit der Umsetzung der Strategie zum Parkraummanagement. Auf dieser Basis sollen die „technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Erhebung von Anwohnerparkgebühren“ geschaffen werden, die Gebührensatzung muss dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Inhalt Die Gebühren für den Bewohnerparkausweis sollen auf 240, 300 oder 360 Euro steigen. Nur 25 Prozent zahlen sollten Wohngeldempfänger oder Düsseldorfinhaber.